

INTERESSEN DEUTSCHLANDS UND EUROPAS IM EINKLANG

## Klare Kriterien für einen stabilen Euro

Dass die Bundeskanzlerin den Deutschen Bundestag im Vorfeld eines wichtigen Gipfels der EU in Form einer Regierungserklärung informiert, ist nicht ungewöhnlich; vielmehr entspricht ein solches Vorgehen den parlamentarischen Gepflogenheiten. Doch am Mittwoch tat Dr. Angela Merkel mehr als das. Einen Tag vor ihrer Abreise nach Brüssel nannte die Bundeskanzlerin neun Bedingungen für die Schaffung eines Krisenmechanismus zur langfristigen Stabilisierung des Euros. Dabei pochte sie auf das Prinzip der Einstimmigkeit, das einen deutschen Einspruch garantiert, falls andere Staaten auf eine Verletzung der Stabilitätskultur abzielen. Frau Merkel machte sich auch dafür stark, die Unterstützung eines krisengeschüttelten Euro-Staates nur dann zuzulassen, wenn dessen Schuldentragfähigkeit festgestellt worden sei. Die Bundeskanzlerin plädierte außerdem dafür, gegebenenfalls auch private Gläubiger in die Pflicht zu nehmen. Mit diesem Schritt soll sichergestellt werden, dass Investoren nicht von den hohen Risikoaufschlägen bei Staatsanleihen betroffener Länder profitieren, ohne auch ein Stück Verantwortung zu übernehmen.

### Linke Forderungen führen in den Abgrund

Die oppositionellen Sozialdemokraten versteiften sich dagegen auf ihre Forderung nach Euro-Bonds. CDU, CSU und FDP lehnen gemeinsame Staatsanleihen der Euro-Staaten ab, da sie zwangsläufig zu einer Minderung der nationalen Haushaltsdisziplinen führen würden. Die zunehmend nervöse Opposition versuchte die Widersprüchlichkeit ihrer Argumentation durch Störmanöver zu überdecken; Redner der Koalitionsfraktionen wurden fortlaufend unterbrochen. Ruhe im Block des oppositionellen Linksbündnisses kehrte jedoch ein, als Dr. Hans-Peter Friedrich, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, an die Versäumnisse von Rot und Grün erinnerte: „Es irritiert mich sehr, dass die Einführung von Euro-Bonds plötzlich sowohl von Seiten der SPD als auch von Seiten der Grünen gefordert wird. Das gibt mir eine Vorstellung, wie das Klima damals in der rot-grünen Koalition war, als man – ohne mit der Wimper zu zucken – den Stabilitätspakt aufgeweicht und der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone zugestimmt hat“.

### Europa ist stolz auf Deutschlands Stabilitätskultur

Wie die Bundeskanzlerin wies auch Friedrich darauf hin, wie sehr Europa von seiner Gemeinschaftswährung und ihrer Stabilität profitiert. Tatsächlich profitieren Europa und die Welt vom klaren Kurs Deutschlands, der eine Aufweichung der Währungsstabilität verhindert. Somit blickten Frau Merkel und Friedrich auf ein Jahr zurück, in dem Europa den Euro unter großen Kraftanstrengungen vor Angriffen der Finanzmärkte schützen musste, der stabile Euro den Kontinent aber gleichzeitig vor dem Schlimmsten bewahrte. Dazu Friedrich: „Die Menschen in Deutschland und in ganz Europa haben sich gewünscht, dass sie einen Euro bekommen, der so stark ist wie die D-Mark. Der Euro ist heute stärker als die D-Mark.“

WIRKSAME POLITIK GEGEN DEN TERROR

## Pflicht zum Schutz der Bürger

Weltweit bemühen sich Politiker, aus dem Terroranschlag vom vergangenen Samstag in Stockholm die richtigen Schlüsse zu ziehen. Zwar forderte die Attacke nur ein Menschenleben – das des Terroristen. Das ist jedoch nicht das Ergebnis einer gelungenen Sicherheitspolitik; vielmehr ist das Ausbleiben der gewollten Katastrophe auf eine Reihe glücklicher Fügungen zurückzuführen. Auch die unionsgeführte Bundesregierung nimmt die Vorkommnisse daher besonders ernst. Die Bundeskanzlerin und die zuständigen Minister wissen um ihre Verantwortung – immerhin haben sie alle geschworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und Schaden von ihm zu wenden.

### „Schaden vom deutschen Volke zu wenden“

Das oppositionelle Linksbündnis dagegen schweigt weitgehend zum Terroranschlag von Stockholm. Das überrascht vor allem angesichts der harschen Sprache, die die Innenpolitiker der Grünen in dieser Sache noch kürzlich gewählt hatten. So warf der Alt-68er Ströbele dem Bundesinnenminister Mitte November vor, aus politischen Gründen vor Anschlägen in Deutschland gewarnt zu haben. Der Bundesinnenminister, so die krude Argumentation der Grünen, übertreibe die Terrorgefahr, um neue Sicherheitsgesetze durchzusetzen. Die damaligen Klarstellungen der Koalition – niemand habe ein Interesse an solcher Panikmache, es gehe um die Vorsorge gegen eine reale Bedrohung – wurden nun auf bedauerenswert klare Weise von der Realität bestätigt.

### Nicht auf den Zufall verlassen

Die christlich-liberale Koalition verlässt sich nicht darauf, dass Anschläge misslingen wie in Stockholm. Sie will vielmehr bestehende Schutzlücken schließen. Schon vor den Anschlägen hatte sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten stark gemacht. Auch früher speicherten Telekommunikationsunternehmen Daten über jede hergestellte Verbindung. In Zeiten von Flatrate und Prepaid ist eine solche Speicherung zu Abrechnungszwecken nicht mehr nötig – das Fehlen solcher Daten schränkt Terrorfahnder jedoch in ihrer Arbeit entscheidend ein. Bei Gefahr in Verzug oder nach einem Anschlag können die Komplizen eines enttarnten Terroristen nicht mehr ermittelt werden. Daher schrieb die EU eine sechsmonatige Speicherpflicht vor, die auch das Bundesverfassungsgericht bestätigte.

Auch die Regeln zur Visa-Vergabe beeinflussen die Sicherheitslage in Deutschland und Europa. Aus Sicht der CSU im Deutschen Bundestag beginnt der Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität in den deutschen Konsulaten auf der ganzen Welt. Sie fordert daher, den Konsulaten die Informationen verfügbar zu machen, die sie brauchen, um die Einreise von Terroristen und Kriminellen verhindern zu können.